

Wir leben in einer sich rasant verändernden Welt. Das schafft Verunsicherung. Der verstorbene Bundespräsident Johannes Rau meinte am 13. Mai 2002 in seiner Berliner Rede dazu: *Manchen erscheint die Globalisierung wie ein unentrinnbares Schicksal, wie ein Verhängnis, anderen wie die Verheißung eines goldenen Zeitalters.*

Die Wirtschaft passt sich den Veränderungen an. Vielfach heißt die Alternative «Europa oder Indien oder China». Die Globalisierung macht jedenfalls deutlich, dass wir als Deutsche alleine die Zukunft wohl nicht werden bestehen können. Wir brauchen Europa, die Europäische Union, um politisch dafür zu sorgen, dass nicht über uns hinweg bestimmt wird. «Weltprobleme», wie zum Beispiel die Erwärmung des Klimas, können wir nur noch als Europäer in Gemeinsamkeit wirksam beeinflussen – und das ist schwer genug, wie jeder sieht. Je schneller wir das verinnerlichen, desto besser!

Wie schwierig der Einigungsprozess Europas verläuft, ist ebenfalls augenfällig. Nationale, politische und wirtschaftliche Interessen, aber auch geschichtlich geprägte verschiedene Mentalitäten lassen sich eben nur mit Mühe harmonisieren.

Die Situation hat sich seit den römischen Verträgen, die vor 50 Jahren in der Dekade nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, verändert: Zumal die letzte große Erweiterung der Europäischen Union fordert unseren Bürgerinnen und Bürgern viel ab. Nicht nur Skepsis, auch Sorgen, zum Beispiel um den Arbeitsplatz, greifen um sich. Gerade wir hier in Baden-Württemberg, in einem exportstarken Land, dessen Exporte zu 60 Prozent in das Europa der 27 gehen, haben allerdings die besten Voraussetzungen, mit diesen Problemen umzugehen.

Die von Deutschland maßgeblich vorangetriebene Entwicklung des europäischen Binnenmarkts seit Mitte 1987 wirkt sich immer stärker auch auf die örtlichen öffentlichen Aufgaben aus. Das gilt ebenso für die europäische Gesetzgebung. Nach Schätzungen werden zwischenzeitlich über 60 Prozent aller deutschen Gesetze und Verordnungen von der Europäischen Union verursacht und vorbestimmt. Eine verstärkte Zentralisierung und weniger regionale und lokale Handlungsfreiheit könnten die Folge sein. Das Beispiel des 150 Jahre alten deutschen Sparkassenwesens oder unserer Wasserversorgungen auf dem europäischen Prüfstand macht das Problem deutlich. Heimatliche, vertraute Institutionen geraten unter Druck.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Papier, verwies im Oktober 2004 vor dem Städtetag Baden-Württemberg auf *das weit verbreitete Gefühl der poli-*

*tischen und rechtlichen Fremdbestimmung durch die Organe der Europäischen Union.* Gerade die örtliche Gemeinde wird in dieser Situation als notwendiges Element zur Beherrschung dieser stets komplexer werdenden Entscheidungszusammenhänge der modernen Welt immer wichtiger. Sie muss aber auch Entscheidungsbefugnisse haben. Manche sind sogar schon so weit gegangen, deswegen das «Jahrhundert der Kommunen» auszurufen.

Vor einigen Jahren hieß es: Der «new economy» muss die «new activity» folgen. Bürgerengagement wird immer wichtiger. Doch das gilt nicht nur für unsere örtlichen Angelegenheiten. Wir müssen uns auch in und für Europa engagieren, dass es «vom Kopf auf die Beine» gestellt wird, wie Alt-Ministerpräsident Erwin Teufel immer zu sagen pflegt. Einmischung ist gefragt! Vereine, Verbände und Institutionen sind gefordert, sich europäisch zu positionieren.

Wenn Europa und unsere Heimat nicht Gegensätze werden, sondern wenn wir Heimat im «Haus Europa» finden wollen, dann muss die Union jenseits allen Gipfelgespranges, der Gesetzgebung, Fördertöpfe und Marktliberalisierung mehr von unten nach oben aufgebaut werden. Ein friedliches «Europa der Bürger» in den Städten und Gemeinden muss deshalb ein gemeinsames Ziel in der Gestaltung der Europäischen Union und darüber hinaus sein. Rund 800 Partnerschaften baden-württembergischer Kommunen mit den 26 europäischen Nachbarländern, die Möglichkeiten aus unseren vielen Schulpartnerschaften und die Kontakte unserer Universitäten können dafür genutzt werden. Die Chancen Baden-Württembergs mit seiner geographischen Lage zwar am Rande der deutschen Republik, aber im Herzen Europas, und mit seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten in Europa sind da!

Schließlich: Der Kultur ist im Integrationsprozess bisher wohl eine zu kleine Rolle zugewiesen worden. Dem großen Europäer Jean Monnet wird das Wort zugeschrieben, dass er, wenn er nochmals Europa zimmern müsste, nicht bei der Wirtschaft, sondern bei der Kultur beginnen würde. Es gibt schon ein geeintes Europa der Kultur, das – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – Ergebnis einer auf griechischen und römischen Fundamenten stattgefundenen Christianisierung mit ihren typischen ethisch-moralischen Werten ist.

Wir brauchen ein neues Leitbild für Europa! Ob es nun «Verfassung» oder Grundlagenvertrag genannt wird, ist zweitrangig. Es kann nicht nur um den Vollzug des Binnenmarkts bis hin zur Verordnung über den Krümmungsgrad der Gurke gehen. Es geht um einen Inhalt voller Vielgestaltigkeit, der die Eigenart der Länder und Nationen abbildet und nicht gleichmacht. So brauchen wir Europa als unsere Heimat in der globalisierten Welt der Wirtschaft und der Wissenschaft!

\* Prof. Dr. Christian O. Steger ist Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg und Präsident des Landeskomitees der Europäischen Bewegung.